

Offener Brief an den Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.

Wir, die gesamte AG Antidiskriminierung, legen unsere Arbeit nieder und treten gemeinsam mit weiteren Mitgliedern geschlossen aus dem Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. aus. Im Folgenden möchten wir unsere Gründe für diesen Schritt darlegen.

Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse sind in unseren Augen für Sexarbeitende essenziell. Denn nur wenn wir als Sexworker unsere eigenen Stimmen erheben und für unsere Rechte kämpfen, werden wir auch gehört. Nur wir können in Politik und Arbeit die Perspektive und das Wissen liefern, die den Tatsachen unserer Lebens- und Arbeitsrealität gerecht werden und die Heterogenität der Sexarbeitenden abbilden. Der Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. ist der größte Zusammenschluss dieser Art, deutschland- und sogar europaweit.

Wir als AG Antidiskriminierung hatten es uns zur Aufgabe gemacht, innerhalb des Verbandes wichtige Veränderungen anzustoßen. Dazu gehörte einerseits, Unterstützung für von verbandsinterner Diskriminierung betroffene Mitglieder zu schaffen, andererseits aber auch politische Bildungsarbeit für einen diskriminierungsfreieren und bewussten Verband zu leisten.

Der größere Teil, wenn nicht gar die Mehrheit der Sexarbeitenden in Deutschland, ist nicht deutsch, nicht weiß, ist nicht cis-gender und/oder nicht heterosexuell. Die Zukunft der Sexarbeitspolitik muss diesem Umstand Rechnung tragen, sie muss intersektional sein, sie muss für eine antirassistische und offene Gesellschaft eintreten. Sexarbeitende werden stigmatisiert, viele sind von Mehrfachmarginalisierung betroffen. Um diese Vielzahl an Stimmen und Perspektiven zu repräsentieren, wollten wir den Berufsverband zu einem Ort machen, in dem auch marginalisierte Menschen sicher sind und gehört werden.

Ein Prozess, der sich mit internalisierten und strukturellen Rassismen und Diskriminierungen auseinandersetzt, ist häufig nicht nur schwierig, sondern auch schmerzhaft, Streitbehaftet und sehr langwierig. Dieser Schmerz und diese Ängste stehen aber in keinem Verhältnis zu den Ängsten, Schwierigkeiten und Schmerzen, die von Diskriminierung und Marginalisierung betroffene Menschen tagtäglich erfahren. Wir waren daher zuversichtlich, mit unserer Arbeit der strukturellen Diskriminierung innerhalb der Hurenbewegung etwas entgegensetzen zu können. Daran sind wir leider gescheitert. Vorab hatten wir den Aufwand und die Zeit, die diese Auseinandersetzungen benötigen,

unterschätzt. Doch waren es schlussendlich andere Barrieren, die uns zur Aufgabe bewegten.

Zum einen war die Bereitschaft, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen, leider nicht so groß, wie wir erhofft hatten. Meldungen und Schilderungen von Betroffenen wurden relativiert. Daran hätten wir mit Geduld und entsprechenden Schulungen arbeiten können. Gleichzeitig zu unseren Bemühungen gab es aber eine Gegenbewegung, die unsere Arbeit als „Nebenschauplatz“ bewertet hat. In dieser gewichtigen Gegenbewegung innerhalb des Berufsverbandes, die auch in großen Teilen des Vorstands und anderer wichtiger Posten innerhalb des Berufsverbandes vertreten war und ist, kam es darüber hinaus wiederholt zu Versuchen, von Diskriminierung betroffene Menschen zu silencen / mundtot zu machen und ihre Erfahrungen in Abrede zu stellen. Teilweise wurde mit einem Ausschluss aus dem Berufsverband gedroht.

Die Distanzierung des Verbandes von der Querdenken-Bewegung und einigen Sexwork-Vertreter*innen dieser rechtsoffenen bis rechtsextremen Bewegung kam nur unter großen Spannungen und entgegen dem erklärten Willen einer großen Zahl von Vertreter*innen des Verbandes zustande. Es wurde sehr viel Zeit und Energie in Argumente und Debatten gesteckt, deren einziges Ziel es war, strukturelle Zusammenhänge, Diskriminierungen und internalisierte Rassismen kleinzureden oder zu leugnen.

Gleichzeitig zu dieser Entwicklung wurden demokratische Grundstrukturen des Verbandes zunehmend unterlaufen. Immer mehr Entscheidungen und Beschlüsse wurden verkündet, die intrasparent und undurchsichtig für Mitglieder in kleinen Gruppen und privaten Runden ausgehandelt wurden. Die Zusammensetzung dieser beschlussfassenden "Gremien" ist weder demokratisch legitimiert, noch ist ersichtlich, wer daran überhaupt teilnimmt. Hierarchisierende "top-down"-Entscheidungen wurden eingeführt, um Debatten und Kritik zu verhindern. Ausgewählte Mitglieder wurden durch dieses Vorgehen in eine Position befördert, die sie in Entschlussmacht über kritische oder von Diskriminierung betroffene Menschen stellt.

Final wurden nun zudem Beiträge im internen Forum, die auf Diskriminierung und Rassismus hinweisen, die die strukturelle Bedeutung und Problematik beleuchten und in die Betroffene viel Zeit und Energie gesteckt haben, auf Anweisungen des Vorstands gelöscht. Es wurde darüber hinaus eine weitere Anweisung gegeben, die zum Ziel hat, die andauernden Debatten innerhalb des Verbandes zu diesem Thema zu beruhigen, bis der Vorstand eine neue Lösung vorlegen kann. Diese Anweisung verbietet es, das Thema Diskriminierung innerhalb des Verbandes anzusprechen.

Während des Verbots, das Thema intern anzusprechen, wurde einem von Mehrfachmarginalisierung betroffenen Mitglied der Ausschluss aus dem Verband ausgesprochen. Der Vorstand habe sich aufgrund der wiederholten Diskriminierungsvorwürfe von diesem Mitglied zu diesem Schritt entschieden und verweist darauf, dass der interne Frieden gefährdet und eine Fokussierung auf Sexarbeitspolitik daher nicht mehr möglich sei. Die geforderten Belege für die Vorwürfe des Mitglieds seien nicht in ausreichender Form erbracht worden - so als wären die gelöschten Beiträge im Forum, die zahlreichen Meldungen und Beschwerden von betroffenen Menschen kein zu akzeptierender Beweis für vorherrschende diskriminierende Strukturen.

Ein Sexwork-Verband, der von Diskriminierung betroffene Menschen ausschließt, da diese angeblich das Wohlbefinden der heteronormativen, cis-geschlechtlichen und privilegierten Mitglieder stören, kann in unseren Augen nicht für sich beanspruchen, eine Sexarbeitspolitik zu betreiben, auf die sich die von Mehrfachmarginalisierung betroffene Mehrheit von Sexworkern verlassen kann. Denn in diesem Umgang zeigt sich die Bereitschaft, im Zweifel eigene Privilegien über die Interessen von prekär arbeitenden Kolleg*innen zu stellen. Dies ist ein Vorwurf, der auch von Sexarbeits-Gegner*innen immer wieder an die Hurenbewegung getragen wird. Grade aus diesem Grund ist es unerlässlich, über jeden Zweifel erhaben zu sein und der "Whorearchy" intern, extern sowie in jedem tagespolitischen Entscheiden und Handeln entgegenzutreten. Wir haben das Vertrauen in den Verband verloren, uns in schwierigen Zeiten auf diese Basis gemeinsamen Aktivismus verlassen zu können.

Nachdem der Verband jahrelang auf Probleme hingewiesen wurde, halten wir es für fatal, das Thema nun in dieser Weise komplett zu unterbinden. Wir haben zum derzeitigen Punkt keinerlei Vertrauen, dass eine neue Struktur im Sinne von mehrfachmarginalisierten Menschen geschaffen werden kann. Das Vorgehen des Verbandes lässt sich unserer Meinung nach nicht mit demokratischen Grundsätzen selbstorganisierter Vereine in Einklang bringen.

Unsere Gründe für den Austritt und den offenen Brief sind zusammengefasst also die folgenden:

- Zu wenig Bereitschaft, sich für die Belange und Schwierigkeiten von mehrfachmarginalisierten Menschen einzusetzen (auch wenn diese nicht immer explizit und unmittelbar Sexarbeitspolitik betreffen)
- Schlechter und teilweise gewaltvoller Umgang mit der Meldung von Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen innerhalb des Verbandes
- Tolerierung oder Ignorierung rechtsoffener bis rechtsextremer Verbindungen einzelner Mitglieder und Vertreter*innen des Verbandes

- Mangelnde Fokussierung auf intersektionale Politik bzw. mangelndes Verständnis für die Wichtigkeit, diese Perspektiven in der täglichen Arbeit und Entscheidungsfindung zu integrieren
- Silenzen von Diskriminierungserfahrungen und Weigerung, diskriminierte Menschen, die sich eine Beteiligung wünschen, in die Prozesse um bessere Strukturen einzubinden
- Undemokratische und hierarchische Verschiebungen von Entscheidungsfindungen und intransparenter Ausbau von Machtstrukturen
- Der Ausschluss und das Unsichtbar machen marginalisierter Menschen, um die Auseinandersetzungen zum Thema Antidiskriminierung in Form, Inhalt und Struktur aus privilegierter Position zu bestimmen

Wir wissen, dass ein offener Brief Druck auf den Verband ausübt. Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, da wir in unserer internen Antidiskriminierungsarbeit gescheitert sind und einige Vorfälle nicht mehr mit unseren eigenen Idealen und Überzeugungen vereinbar sind. Der Schutz diskriminierter und mehrfachmarginalisierter Menschen hat Vorrang und unseren Austritt aus dem Berufsverband leider notwendig gemacht.

Wir sind uns des Risikos bewusst, das eine solche Kritik mit sich bringt. Daher möchten wir abschließend nochmals ausdrücklich klarstellen, dass wir eine selbstorganisierte, politische Bewegung von Sexworkern für außerordentlich wichtig halten und weiterhin verfolgen werden. Die Befürworter*innen eines Sexkaufverbots bedrohen uns in unserer Existenz, sie stigmatisieren uns und tragen dazu bei, dass sich unsere Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern. Der Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. will für eine Politik stehen, die die Bedürfnisse und Erfahrungen von Sexworkern vertritt und berücksichtigt. Dieser offene Brief ist daher keine Abrechnung, sondern verbunden mit der Hoffnung, dass der Berufsverband und seine Kooperationspartner*innen ihn als Anlass verstehen, gemeinsam einen Weg zu beschreiten, der den Schutz betroffener Menschen ernst nimmt, strukturelle Diskriminierungen und Marginalisierungen in Zukunft besser sichtbar machen und zur Intersektionalität in der Sexarbeitspolitik beitragen kann. Dazu benötigt es unserer Meinung nach ein Umdenken und Umstrukturieren innerhalb des Verbands: Kritik sollte als konstruktiver Beitrag und nicht als Angriff behandelt werden, Macht und Privilegien müssten zugunsten aller Mitglieder und mit Fokus auf das Empowerment mehrfachmarginalisierter Sexarbeitender umverteilt und Entscheidungsprozesse horizontal statt hierarchisch durchlaufen werden.

Wir als AG Antidiskriminierung so wie die sich uns anschließenden Mitglieder des Berufsverbandes hoffen, dass wir bald eine neue politische und aktivistische

Basis finden, um uns innerhalb unserer Community weiter vernetzen zu können.
Um gemeinsam mit allen Sexworkern unsere Stimmen erheben zu können.

Die AG Antidiskriminierung und weitere Mitglieder des BesD e.V.

Vanessa Rubin
Tamara Solidor
Ron Hades
Miss Flora
Lou Violenzia
Liliana
Ferdinand Krista
DoktorCBT
Dante Dionys
Caspar

Eine Abschrift dieses Briefes erhalten

Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.
Deutsche Aidshilfe
TAMPEP (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers)
International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe (ICRSE)
Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (bufas eV)
Sex Worker Action Group (SWAG)
Gemeinnützigen Stiftung Sexualität und Gesundheit (GS:SG)
Global Network of Sexwork Projects (NSWP)
Red Umbrella Fund (RUF)
Le Syndicat du Travail Sexuel (STRASS)
Trans*Sexworks
Berlin Collective Action e.V.
Dr. Ann-Kathrin Biewener, Referentin für Sexarbeit, Berlin
Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, Berlin
Bundesstiftung Magnus Hirschfeld
The Black Sex Worker Collective
SEXWORKER - das Forum von und für Profis
Voice4Sexworkers
Red Umbrella Sweden
Netzwerk „Kritische Sexarbeitsforschung“

Kontakt: open-letter-besd@protonmail.com

ENGLISH VERSION

Open letter to the professional association for erotic and sexual services e.V. (BesD e.V.)

We, the entire AG ("Working Group") Antidiscrimination lay down our work and resign together with other members from the professional association for erotic and sexual services e.V. In the following letter we would like to explain our reasons for this step.

In our eyes, self-organizations and associations are essential for sex workers. Only if we as sex workers raise our own voices and fight for our rights, we will be heard. Only we can provide the perspective and knowledge in politics and work that do justice to the facts of our living and working reality and reflect the heterogeneity of sex workers. The BesD e.V. is the largest association of its kind in Germany and even Europe.

We as AG Antidiscrimination had made it our task to initiate important changes within the association. On the one hand, this included creating support for members affected by discrimination within the association, but on the other hand, it also included political education work for a more discrimination-free and aware association.

The greater part, if not the majority, of sex workers in Germany are non-German, non-white, are not cisgender and/or heterosexual. The future of sex work policy must take this into account, it must be intersectional, it must advocate for an anti-racist and open society. Sex workers are stigmatized, many are affected by multiple marginalizations. To represent this multiplicity of voices and perspectives, we wanted to make the BesD e.V. a place where marginalized people are also safe and heard.

A process of addressing internalized and structural racism and discrimination is often not only difficult, but also painful, contentious, and very lengthy. However, this pain and anguish is out of proportion to the fears, difficulties, and pain that people affected by discrimination and marginalization experience on a daily basis. We were therefore confident that our work would be able to counter structural discrimination within the whore movement. Unfortunately, we failed in this. Beforehand, we had underestimated the effort and time that these confrontations would require. But in the end it was other barriers that made us give up.

On the one hand, the willingness to deal with these issues was unfortunately not as great as we had hoped. Reports and descriptions from those affected were

belittled. But we could have worked on that, too, with patience and appropriate training. At the same time as our efforts, however, there was a counter-movement that regarded our work as a "sideshow". In this counter-movement within the association, there were many members of the board and other important positions within the association. There were repeated attempts to silence people affected by discrimination and to deny their experiences. In some cases, people were threatened with expulsion from the association, should they continue speaking about their experiences.

The distancing of the association from the "Querdenken" movement and some sex work representatives of this right-wing open to right-wing extremist movement came about only under great tension and against the declared will of a large number of representatives of the association. A great deal of time and energy was invested in arguments and debates with the only goal to minimize or deny structural discrimination and internalized racism.

At the same time as this development, basic democratic structures in the association were increasingly undermined. More and more decisions and resolutions were announced that were negotiated intransparently in small groups and private rounds. The composition of these decision-making "committees" is neither democratically legitimized, nor is it apparent who participates in them at all. Hierarchizing "top-down" decisions were introduced to prevent debate and criticism. Selected members have been promoted by this procedure to a position that places them in decision-making power over critical people or those affected by discrimination.

Finally, posts in the associations online forum that point to discrimination and racism, that shed light on the structural significance and problematic nature, and in which those affected have invested a great deal of time and energy, have now been deleted on the instructions of the board. The instruction was given with the aim of calming the ongoing debates within the association on this issue until the board can present a new solution. This instruction prohibits members from raising the issue of discrimination within the association.

During the ban on raising the issue internally, a member affected by multiple marginalization was expelled from the association. The board had decided to take this step because of the repeated accusations of discrimination from this member, pointing out that internal peace was at risk and that a focus on sex work politics was therefore no longer possible. According to the board, evidence for the accusations had not been provided in sufficient form - as if the deleted posts in the forum, the numerous reports and complaints from affected people were not acceptable proof of prevailing discriminatory structures.

In our eyes, a sex work association that excludes people affected by discrimination because they allegedly disturb the well-being of the heteronormative, cisgender and privileged members, cannot claim to have a sex work policy that the majority of sex workers affected by multiple marginalization can rely on. Because in this way, the willingness to put one's own privileges above the interests of precariously working colleagues becomes apparent. This is an accusation that is also repeatedly made by sex work opponents. Precisely for this reason it is essential to be beyond any doubt and to oppose the "whorearchy" internally, externally and in every daily political decision and action. We have lost confidence in the BesD to rely on this basis of common activism in difficult times.

After years of pointing out problems to the association, we think it is fatal to now completely shut down the issue in this way. We have no confidence at this point that a new structure that supports people experiencing multiple kinds of discrimination can be created here. In our opinion, the association's actions cannot be reconciled with the democratic principles of self-organized associations.

So, in summary, our reasons for leaving and writing the open letter are the following:

- Too little willingness to stand up for the concerns and difficulties of multi-marginalized people (even if these do not always explicitly and directly concern sex work policies)
- Poor and sometimes violent handling of the reporting of experiences of discrimination and racism within the association
- Toleration or ignoring of right-wing open to right-wing extremist connections of individual members and representatives of the association.
- Lack of focus on intersectional politics or lack of understanding of the importance of integrating these perspectives into daily work and decision-making
- Silencing of experiences of discrimination and refusal to include discriminated people who wish to participate in the processes around better structures
- Undemocratic and hierarchical shifts in decision-making and non-transparent expansion of power structures
- The exclusion and making invisible of marginalized people in order to determine the arguments on the topic of anti-discrimination in form, content and structure from a privileged position

We know that an open letter puts pressure on the association. We have decided to take this step because we have failed in our internal anti-discrimination work and some incidents are no longer compatible with our own ideals and convictions. The protection of discriminated and multi-marginalized people has priority and unfortunately made our withdrawal from the association necessary.

We are aware of the risk that such criticism entails. Therefore, in conclusion, we would like to make it explicitly clear once again that we consider a self-organized, political movement of sex workers to be extremely important and will continue to pursue it. The proponents of a sex purchase ban threaten us in our existence, they stigmatize us and contribute to the deterioration of our working and living conditions. The BesD e.V. wants to stand for a policy that represents and takes into account the needs and experiences of sex workers.

This open letter is therefore not a reckoning, but linked with the hope that the professional association and its cooperation partners understand it as an occasion to jointly pursue a path that takes the protection of marginalized people seriously, makes structural discrimination and marginalization more visible in the future and can contribute to intersectionality in sex work policy. In our opinion, this requires a rethinking and restructuring within the association: criticism should be treated as a constructive contribution and not as an attack, power and privileges should be redistributed in favor of all members and with a focus on the empowerment of multi-marginalized sex workers, and decision-making processes should be horizontal instead of hierarchical.

We hope that we will soon find a new political and activist base to further network within our community. To be able to raise our voices together with all sex workers.

The AG Antidiscrimination and other members of BesD e.V.

Vanessa Rubin
Tamara Solidor
Ron Hades
Miss Flora
Lou Violenzia
Liliana
Ferdinand Krista
DoktorCBT
Dante Dionys
Caspar

A copy of this letter was sent to

Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.

Deutsche Aidshilfe

TAMPEP (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers)

International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe (ICRSE)

Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (bufas eV)

Sex Worker Action Group (SWAG)

Gemeinnützigen Stiftung Sexualität und Gesundheit (GS:SG)

Global Network of Sexwork Projects (NSWP)

Red Umbrella Fund (RUF)

Le Syndicat du Travail Sexuel (STRASS)

Trans*Sexworks

Berlin Collective Action e.V.

Dr. Ann-Kathrin Biewener, Referentin für Sexarbeit, Berlin

Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, Berlin

Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

The Black Sex Worker Collective

SEXWORKER - das Forum von und für Profis

Voice4Sexworkers

Red Umbrella Sweden

Netzwerk „Kritische Sexarbeitsforschung“

Contact: open-letter-besd@protonmail.com